



Informationen

Eurer Vertrauensleute
in der

Vereinte Dienst-
leistungsgewerkschaft

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

Nr. 1

32. Jahrgang

März 2019



Europawahl am 26.05.2019

Inhalt:

Seite 3 „Wir machen Tarif“

Seiten 3 - 4 100 Jahre ILO

Seite 4 Europa, jetzt aber richtig!

Eure ver.di-Vertrauensleute in der FES-Bonn:

Axer-Dämmer, Gerda	KuG	7039
Fiedler, Marion	PA	7124
Gräf, Ralf	Archiv	8022
Hegelau, Kim	PA	7127
Kozanowski, Holger	Archiv	8031
Raabe, Martin	Archiv	8046
Rose, Gabriele	BIB	8221
Schmidt, Severin	WISO	8309
Scholz, Harry	Archiv	8052

Homepage der ver.di-Betriebsgruppen der FES:

<https://wp.verdi-fes.de>

Kontakte:

ver.di – Bezirk Köln-Bonn-Leverkusen

Endenicher Straße 127
53115 Bonn
Tel.: 0228/9484-0
Fax: 0228/9484-290
E-Mail: bz.kbl@verdi.de

ver.di – Geschäftsstelle Siegburg

Kaiserstraße 108
53721 Siegburg
Tel.: 0228/9484-120

E-Mail: gst.siegburg@verdi.de

Impressum:

Gerda Axer-Dämmer, Ralf Gräf, Martin Raabe, Gabriele Rose

V.i.S.d.P.:

Dirk Hansen
Gewerkschaftssekretär FB5
dirk.hansen@verdi.de

„Wir machen Tarif!“

Tarifverhandlungen sind das ureigenste Geschäft der Gewerkschaften. Tarifkommissionen auf den unterschiedlichen Ebenen handeln Gehalt und Arbeitsbedingungen für die Gewerkschaftsmitglieder aus. Und grundsätzlich gelten die Ergebnisse nur für die Mitglieder – in unserem Fall die ver.di-Mitglieder. Dass die Arbeitgeberseite die Verhandlungsergebnisse dann auf alle Beschäftigte überträgt, ist zwar gute Übung, letztlich aber ihre Entscheidung.

Gute Ergebnisse fallen nicht vom Himmel: Zähes Verhandlungsgeschick ist vonnöten. Streiks oder Warnstreiks dienen häufig zur Demonstration der „Arbeitermacht“: „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will!“ Dabei sind wir als Patienten, Eltern, Bürger, Studierende usw. betroffen, wenn Krankenhäuser, Kitas, Ämter oder die Mensa geschlossen bleiben. Dann sind gute Nerven und unsere Solidarität mit den (Warn-)Streikenden gefragt.

Gelegentlich ist aber der Arbeitgeberseite schon im Vorfeld aufgefallen, dass mit den bisherigen Tarifen kein Blumentopf zu gewinnen ist: So ist es z. Zt. im öffentlichen Dienst. Gut ausgebildete Fachkräfte suchen sich Alternativen zum (scheinbar) sicheren, aber mäßig bezahlten Arbeitsplatz in Bund, Ländern und Gemeinden. In bestimmten Bereichen ist der Arbeitskräftebedarf schon gar nicht mehr zu decken, weil die Belastungen etwa in der Krankenpflege oder in Erziehungsberufen in keinem Verhältnis zum Entgelt stehen. Aber auch bei den Bundesbehörden bleiben immer mehr Arbeitsplätze mangels Bewerbungen lange Zeit unbesetzt – hier werden sich à la longue die Tarifpartner etwas einfallen lassen müssen, um kompetentes Personal zu rekrutieren und langfristig halten zu können!

Das ist einer der Gründe, warum ver.di bei den Tarifverhandlungen der Länder aktuell ein gutes Ergebnis erzielt hat: Über eine Laufzeit von 33 Monaten erhalten die Beschäftigten Gehaltserhöhungen in einem Gesamtvolumen von 8 Prozent! Am Ende haben alle mindestens 240 Euro mehr im Monat. Auch Auszubildende profitieren davon: Jeweils zum 1. Januar 2019 und 2020 erhalten sie je 50 Euro Festbetrag und die Urlaubstage erhöhen sich auf 30. Für die Betroffenen hat sich der Arbeitskampf gelohnt: <https://wir-sind-es-wert.verdi.de/>

Auch in der FES, wo der TVöD Bund Anwendung findet, wurde verhandelt – diesmal durch die gemeinsame ver.di-Tarifkommission der politischen Stiftungen. Dabei ging es nicht nur um Tarifierhöhungen, sondern auch um Fragen wie Befristungen, Sicherheit, Gleichstellung von nicht-ehelichen Partner_innen, Verbesserungen bei den Ausreisebedingungen. Das Ergebnis, das mittelfristig alle Kolleg_innen in der Rotation betrifft, findet Ihr hier:

<https://wp.verdi-fes.de/2019/03/tarifergebnis-fuer-auslandsbeschaeftigte/>

Eure ver.di-Vertrauensleute

100 Jahre ILO

Vor 100 Jahren, mit dem Friedensschluss nach dem Ersten Weltkrieg, wurde die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) gegründet. Sie sollte helfen, den Weltfrieden zu sichern, indem die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen verbessert werden, zumindest in den westlichen Industriestaaten. Damit wurde eine langjährige Forderung der Arbeiterbewegung erfüllt, nämlich die Aussicht auf weltweit geltende arbeitsrechtliche Standards.

Fortsetzung Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

Schon im Herbst 1919 wurde die erste Konferenz der ILO in Washington abgehalten, neben der Einführung des Achtstundentages wurde dabei auch das Verbot von Nacharbeit für Arbeiterinnen beschlossen.

Einen kurzen Abriss zur Geschichte der ILO findet Ihr hier:

<https://gegenblende.dgb.de/artikel/++co++8d1d967a-310f-11e9-b24a-52540088cada>

Bundespräsident Steinmeier würdigte die ILO:

<https://www.vorwaerts.de/artikel/100-jahre-ilo-gerechte-digitalisierung-arbeitswelt>

Eure ver.di-Vertrauensleute

Europa, jetzt aber richtig!

Am 26. Mai 2019 finden in Deutschland die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Der DGB und seine Mitgliedsorganisationen machen sich stark für ein soziales, solidarisches und gerechtes Europa.

Wenn es die Europäische Union nicht gäbe, müsste man sie erfinden. Seit mehr als siebzig Jahren herrscht Frieden in großen Teilen Europas, länger als je zuvor. Wir EU-Bürgerinnen und Bürger können uns in Europa frei bewegen, in anderen EU-Ländern leben, arbeiten, studieren und reisen.

Lange Zeit standen nicht die Rechte der Beschäftigten im Vordergrund der EU, sondern wirtschaftliche Ziele. Aber allmählich wächst das Bewusstsein, dass auch soziale Fragen eine zentrale Rolle spielen, um Europa zusammenzuhalten.

Das Protokoll zur Sozialpolitik hat inzwischen gemeinsam mit der „Charta der Grundrechte der EU“ Verfassungsrang. Beispielsweise hat jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer das Recht auf gesunde, sichere und würdige Arbeitsbedingungen. Auch das Recht auf Kollektiv-Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern ist von den EU-Verträgen garantiert.

Die EU ist auch die Antwort auf viele Herausforderungen der heutigen Zeit: Globalisierung, Klimawandel und Digitalisierung machen an keiner Staatsgrenze halt. Kein EU-Mitgliedsstaat kann diese Bereiche alleine regeln. Dafür muss die EU gestärkt und weiterentwickelt werden.

Die EU ist heute in keiner guten Verfassung. Die europäische Wirtschaft ist durch eine rigide Sparpolitik und neoliberale Konzepte wie den Abbau sozialstaatlicher Leistungen und Lohnkürzungen geprägt. In der Realität werden die sozialen Grundrechte verletzt. Ein Viertel der EU-Bürgerinnen und -Bürger ist von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Trotz des Exportweltmeister-Titels hat der deutsche Arbeitsmarkt einen der größten Niedriglohnsektoren in Europa.

Dies gefährdet den Zusammenhalt und das Vertrauen in Europa. Rechtspopulistisch-nationalistische Kräfte erhalten in nahezu allen EU-Mitgliedsstaaten politischen Auftrieb. Nicht zuletzt der Austritt Großbritanniens zeigt, dass Europa keine Selbstverständlichkeit ist und immer wieder neu gestaltet werden muss.

Am 26. Mai ist Europawahl. Wähle ein soziales Europa!

Quelle: DGB Bundesvorstand